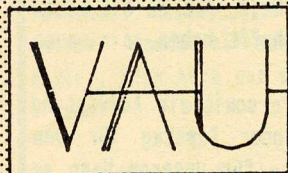


7. Jahrgang Nr. 16
April 1990



Verein für angewandten Umweltschutz e.V.

Berliner Straße 6 3250 Hameln 1 Tel. 05151/51529

Jetzt geht's los:

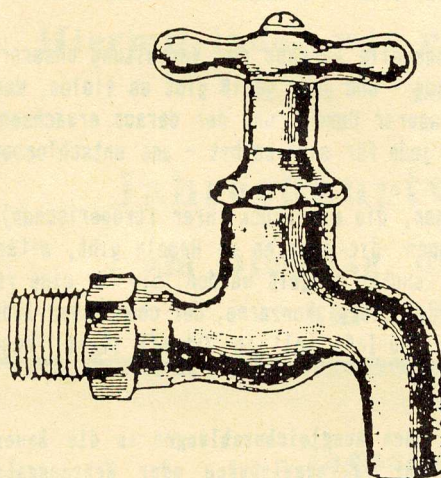
Wasseranalyse Marsch!

Wasser, das Urelement, aus dem alles Leben entstanden ist und das im ewigen Kreislauf von Verdunstung und Niederschlag unser Überleben sichert, ist ein kostbares Gut. Dieses wichtigste Lebensmittel, das Trinkwasser, ist in letzter Zeit in Verruf geraten. Darum hat sich im letzten Jahr die VAU-Wassergruppe konstituiert und bereits mit den ersten Nitratmessungen von Trinkwasser aus Hameln und Rinteln begonnen. Die ersten Meßwerte liegen jetzt vor.

So wurden bei einigen nicht repräsentativen Messungen in Hamelns Wasser am 26.6.89 Nitratwerte von 27mg/l (Innenstadt) und 31mg/l (Afferde) gefunden.

In Ortschaften, wo keine zentrale Wasserversorgung existiert und die Bevölkerung ihr Trinkwasser aus privaten Hausbrunnen bezieht, haben wir Werte von 47mg/l (Esperde) und 41mg/l (Hiligsfeld) ermittelt.

Der Durchschnittswert von 17 Proben aus Rinteln und Umgebung lag bei etwa



24mg/l, wobei 4 Proben über 40mg/l und 5 Proben unter 10mg/l lagen. Der seit 1.9.89 geltende bundesdeutsche Grenzwert für Nitrat von 50mg/l wurde dabei nie überschritten, der BG-Grenzwert von 25mg/l jedoch sehr häufig.

Das erste große Etappenziel der VAU-Wassergruppe besteht in der flächendeckenden Untersuchung und Kartographierung des Nitratgehalts im Trinkwassers für den Landkreis Hameln/Pyrmont. Das

Umweltinstitut München e.V., das bereits ähnliche Untersuchungen in verschiedenen Landkreisen in Bayern durchgeführt hat, leistet hierbei beratende Unterstützung. So war am 7./8. April die Diplom-Biologin Jutta Schedler vom Umweltinstitut zu einem Trinkwasserseminar ins Hamelner Natur- und Umweltschutzzentrum am Berliner Platz gekommen, um uns über ihre Erfahrungen zu berichten.

Immer mehr Schadstoffe sickern langsam aber sicher ins Grundwasser, aus dem Hamelns Trinkwasser gewonnen wird. Da tickt eine Zeitbombe im Boden, die nicht dadurch entschärft werden kann, daß immer tiefere Brunnen gebohrt werden oder das stark belastetes mit wenig belastetem Wasser verschnitten wird, denn die Gifte sickern, wenn sie erst einmal aus dem Wurzelbereich gelangt sind, immer tiefer unserem zukünftigen Trinkwasser entgegen. Auch die zentrale Versorgung aus immer weiter entfernten, noch wenig belasteten Gegenden

Forts. auf S.2

... Zentrierstifte ... Quetschmuttern ...

1989 - ein Jahr wie jedes andere. Das AKW Grohnde läuft immer noch, wie man nicht zuletzt auch nach einem Blick in die offiziellen Störfall-Auflistungen feststellen kann. In insgesamt 8 Fällen hat sich das "KWG" (= Kernkraftwerk Grohnde) in der '89er Pannenstatistik verewigt und der VAU nimmt wie üblich seine Chronistenpflicht wahr und doku-

mentiert, was sonst weder Betreiber noch Aufsichtsbehörden für nötig halten (s. Kasten auf S.3).

Wie üblich sind die Beschreibungen der einzelnen "besonderen Vorkommnisse" äußerst dürftig gehalten und sagen oftmals nur einem Spezialisten etwas. Aber man findet auch bekanntes:

Forts. auf S.3

Aus dem Inhalt

Wasseranalysen marsch!.....1

Störfallbericht 1989.....1

Leben nach Tschernobyl.....3

Neue Grohnde-Genehmigung.....4

VAU-Jahreshauptversammlung.....5

Die bunte Müllseite.....6

Guten Tag!

Mehr als ein halbes Jahr ist vergangen, seit unser letztes Info erschienen ist. Damals feierten wir mit Gästen aus nah und fern in Saus und Braus unseren 5. Geburtstag - noch heute zehren Leute von den Kartoffeln, die sie an jenem denkwürdigen Tag gewonnen haben. Von dieser Stelle aus sagen wir allen Spendern und Spenderinnen noch einmal herzlichen Dank und empfehlen sie - sofern es sich um Geschäfte und Betriebe handelt - unseren Lesern und Leserinnen weiter.

Danach haben wir uns nicht etwa in den Winterschlaf zurückgezogen, obwohl wir es zu gern getan hätten. Nein, daß es bis heute nichts von uns zu lesen gab, liegt ganz einfach daran, daß wir es trotz vieler guter Vorsätze nicht geschafft haben, ein neues Info zu produzieren.

Unsere Radioaktivitätsmessungen, d.h. die Betreuung, Pflege und Wartung der Meßstationen und der Software sowie die Auswertung und Dokumentation der Meßdaten ging weiter - das bedeutet eine Tour von 3 Stunden am Freitag oder Samstag für den Kassettenwechsler oder die Kassettenwechslerin und 1 Tag Arbeit - notgedrungen ebenfalls am Wochenende - für unseren Mann am Computer! Hinzu kommt das regelmäßige Anfordern, Sichten und Lesen von Veröffentlichungen z.B. des Bundesumweltministeriums und der Strom- und Atomwirtschaft. Im Oktober 1989 und Februar 1990 nahm die Arbeitsgruppe Radioaktivität an zwei weiteren Wochenendtagungen der "Arbeitsgemeinschaft Umgebungsüberwachung von Atomanlagen (AUA)" in Radevormwald teil.

Unsere Arbeitsgruppe Wasser lag den Winter über ebenfalls nicht auf der faulen Haut: Die Mitglieder - bis auf einen Experten alle Laien - übten sich am Photometer in Nitratmeßverfahren. Die Weiterarbeit wurde vor kurzem in einem Wochenendseminar geplant.

Dann gibt es noch jede Menge Schriftwechsel zu bewältigen, Informationsmaterial allen möglichen Umweltschutzfragen und -aktivitäten muß zumindest durchgesehen, weitergereicht oder abgelegt werden, Anfragen - sei es zur Meßtechnik, zu Umweltschutz allgemein, wegen eines Praktikumsplatzes oder einer Diplomarbeit - beantwortet werden, und auch das Pressearchiv soll auf einem aktuellen Stand sein.

Nicht zuletzt ist da noch die verantwortungsvolle Aufgabe der Verwaltung unserer Finanzen. Man sieht: Eigentlich viel zuviel Arbeit für den Feierabend bzw. das Wochenende - und ganz gewiß gibt es vieles, was jeder und jede von uns oft lieber täte. Aber wir sehen die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt und der daraus erwachsende Bedrohung für unsere Gesundheit und unser Leben nicht nur, sondern haben - jeder und jede für sich selbst - uns entschlossen, etwas dagegen und damit auch etwas für uns zu tun.

Was wir uns wünschen, sind viel mehr Menschen, die ein Stück ihrer (trügerischen) Ruhe und Bequemlichkeit aufgeben und bei uns oder in einer der anderen Umweltschutzgruppen, die es hier in Hameln gibt, mitarbeiten. Und wir wünschen uns, daß am 13. Mai Männer und Frauen in den Niedersächsischen Landtag gewählt werden, die für eine radikale Umkehr in der bisherigen Umweltpolitik stehen - ohne Rücksicht auf die Interessen der Energiekonzerne, der chemischen Industrie oder der Vereinigten Autofahrerlobby.

Zum Schluß noch eine gute Nachricht: Das Vau-Info soll in Zukunft (fast) regelmäßig, nämlich viermal im Jahr erscheinen!

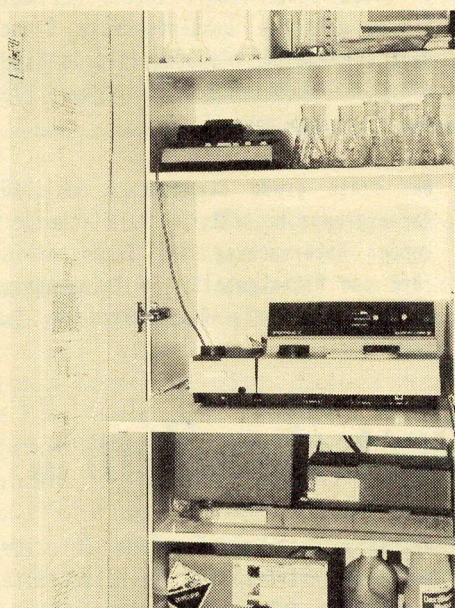
Trinkwasser... (Forts. von S.1)

kuriert nur an den Symptomen herum und bereitet dort noch größere Probleme wie zum Beispiel erhebliche Grundwasserabsenkungen, Gebäudeschäden oder das Trockenfallen von Bächen und Flüssen. Ganze Landschaftsbilder verändern sich schon heute, weil große Städte und Industriebetriebe weite Landstriche aussaugen.

Die Landwirtschaft gilt sicherlich als Hauptverursacher der Trinkwasserbelastung, indem sie durch Überdüngung und übermäßigen Einsatz von Insekten- bzw. Unkrautvernichtungsmitteln das Grundwasser verseucht. Es wäre jedoch zu einfach, den Bauern und Bäuerinnen die Alleinschuld zuzuweisen, da diese doch eher Opfer als Täter sind: Opfer einer durch Überschußproduktion gekennzeichneten fatalen Agrarpolitik.

Deshalb ist auch in erster Linie die Politik gefordert, wenn es um unsere Trinkwasserversorgung geht. Es müssen schnellstens sinnvolle Sanierungskonzepte erarbeitet werden, die die Ausweitung der Wasserschutzzonen, eine Neuregelung der landwirtschaftlichen Nutzung innerhalb dieser Zonen aber

auch Ausgleichszahlungen an die Bauern für Ertragseinbußen oder Mehrausgaben für bessere Pflanzenschutzmittel beinhalten.



Der Vau-Laborschrank Foto: Dietmar Vogt

Aber auch jede/r einzelne von uns ist gefordert. Was jede/r heute schon tun kann, ist Wasser sparen, um den hohen pro-Kopf-Verbrauch von 145 Litern/Tag

zu senken. Mit dem Einbau eines Wassersparers im Klokasten (für weniger als 10 DM zu haben) kann jede/r etwa 8000 Liter kostbares Trinkwasser im Jahr einsparen. Im 1-Personen-Haushalt macht sich diese kleine Investition in den Umweltschutz nach etwa 8 Monaten bezahlt, im 4-Personen-Haushalt sogar schon nach etwa 60 Tagen. Diese Sparmaßnahme kann auch in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen durchgesetzt werden.

Es gibt noch sehr viel mehr Möglichkeiten, Trinkwasser einzusparen und jede/r einzelne sollte sich Gedanken über den sinnvollen, verantwortungsbewußten Umgang mit unserem "höchsten Gut" machen. Weitere Informationen zur Trinkwasser-Thematik gibt es u.a. auch im Natur- und Umweltschutzzentrum, wo sich auch die Vau-Wassergruppe zu ihren regelmäßigen Treffen am 1. Dienstag im Monat sowie am Mittwoch 15 Tage später einfindet jeweils um 20 Uhr zusammenfindet. Wer dabei mitmachen oder auch nur einmal hereinschauen möchte, ist dort immer gerne gesehen. ●

4 Jahre danach:

Leben nach Tschernobyl

4 Jahre nach dem Super-GAU im Block 4 des Atomkraftwerks Tschernobyl hat sich das Leben bei uns weitgehend normalisiert. Vielleicht achten wir darauf, einige Nahrungsmittel - Haselnüsse, Wildpilze und -kräuter sowie Wildfleisch und bestimmte Süßwasserfische - wegen ihrer spektakulären radioaktiven Belastung von unserem Speiseplan fernzuhalten, insgesamt aber haben wir uns daran gewöhnt, daß wir mit jeder Mahlzeit, mit jedem Glas Milch, mit jeder Scheibe Brot, mit jedem Teller Salat ein bestimmtes Quantum an radioaktivem Cäsium zu uns nehmen. Niemand in Lingen oder anderswo regt sich mehr darüber auf, daß auf dem Gelände des stillgelegten Reaktors derzeit die berühmte-berüchtigte Strahlenwolke mit einem Millionenaufwand von öffentlichen

Geldern dekontaminiert wird.

Doch die Katastrophe holt uns von einer anderen Seite her wieder ein: Infolge tiefgreifender politischer Veränderungen in der Sowjetunion ist die öffentliche Auseinandersetzung um Tschernobyl dort erst seit einem Jahr in Gang gekommen, und die Vermutungen und Befürchtungen von Atomkraftgegnern und -gegnerinnen über Leben und Alltag nach einem schweren Atomunfall werden nach den inzwischen vorliegenden Informationen auf schreckliche Weise übertroffen.

Die psychischen und gesundheitlichen Folgeprobleme nach der Reaktorkatastrophe sind noch kaum überschaubar. Hunderttausende von Menschen - insbesondere 60000 Kinder - müssen dringend

evakuiert werden. Es fehlen unbelastete Nahrungsmittel in den verseuchten Gebieten.

In der medizinischen Versorgung fehlt es an geeigneten Arzneien, diagnostischem Gerät und fachärztlicher Hilfe.

In dieser Situation bitten die Menschen in Weißrußland um internationale Hilfe bei der Bewältigung dieser Probleme und moralische Unterstützung.

Als Antwort darauf haben der Christliche Friedensdienst e.V. und die Männerarbeit der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland), die schon über längere Zeit vielfältige Kontakte in das Katastrophengebiet unterhalten, sowie eine

Forts. auf S.4

Zentrierstifte...

Forts. von S.1

Da tauchen zum einen die Brennelement-Zentrierstifte wieder einmal auf. Zur Erinnerung: im Spätsommer 1988 mußte das AKW Brokdorf unter anderem wegen eines gebrochenen Zentrierstiftes 14 Tage lang stillstehen, bis Minister Töpfer dann über die Köpfe der schleswig-holsteinischen Landesregierung hinweg das Wiederaufstarten des Reaktors verfügte. Und auch aus dem Grohnder Geschehen kennen wir die Zentrierstifte: bereits am 26. April 1987 wurde der Bruch eines dieser Stifte, welche die Brennelemente in ihrer Position fixieren sollen, festgestellt. Aber auch damals waren die Grohnder Zentrierstifte offenbar nicht so wichtig wie anderenorts. Man sah jedenfalls keinen Grund, irgendetwas dagegen zu unternehmen, wie die erneute Erwähnung dieses offenkundigen Anlagenschwachpunktes im Bericht für 1989 beweist.

Und auch der Begriff "Quetschmutter" ist aufmerksamen Leserinnen und Lesern unseres Infos nicht neu: bei der Revision im Juni 1986 wurde der "Verlust von einzelnen Quetschmuttern am Fuß von Brennelementen" entdeckt. Der VAU schrieb damals dazu:

"Die verlorengegangenen Teilchen können im laufenden Reaktorbetrieb herumgewirbelt werden und dabei Brennelemente beschädigen."

Selbst der bayrische Reaktorminister, weiß Gott kein Atomkraftgegner, fühlte sich im letzten Jahr genötigt, das AKW Ohu II wegen einiger verlorener Kugellagerkugeln vorübergehend stillzulegen. Nur hier bei uns, da macht sich niemand Gedanken, zumindest niemand, der an den Schalthebeln sitzt.

Und so werden wir auch weiterhin von Zentrierstiften und Quetschmuttern lesen und berichten und, solange uns das Glück hold ist, darüber zur Tagesordnung übergehen.

"BESONDERE VORKOMMNISSSE" IM AKW GROHNDE LAUT STÖRFALL-BERICHT 1989

- | | |
|------------|--|
| 04.01.1989 | Nichtstarten eines Notstromdiesels bei wiederkehrender Prüfung |
| 26.04.1989 | Bruch zweier Brennelement-Zentrierstifte in der Gitterplatte des oberen Kerngerüstes |
| 03.05.1989 | Verlust von zwei Quetschmuttern am Fuß von Brennelementen |
| 11.05.1989 | Defekte Kondensatoren auf Maximalwertauswahl-Baugruppen der Reaktor-Leistungsleittechnik |
| 17.05.1989 | Stehender Lichtbogen im 380-V-Schaltanlageneinspeisefeld |
| 12.07.1989 | Ausfall eines Beckenkühlstranges durch Armaturversagen |
| 26.07.1989 | Sporadischer Ausfall einer Reaktorschutzbaugruppe |
| 23.09.1989 | Ausfall eines 24-V-Gleichrichters |

Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Projektgruppe "LEBEN NACH TSCHERNOBYL" ins Leben gerufen. Das Ziel ist die Organisierung eines konkreten und nachprüfbaren Hilfsprogramms für die radioaktiv verseuchten Gebiete von Weißrußland.

Nach Absprache mit den sowjetischen Partnern und Partnerinnen sind bislang folgende Projekte geplant:

- * Aufbau von PARTNERSCHAFTEN zu einzelnen Krankenhäusern
Sammlung von Medikamenten und medizinischem Gerät für die Partnerschafterkrankenhäuser
Bemöglichung von Kur- und Therapieaufenthalten in der Bundesrepublik für die Kinder
- * Organisierung eines EXPERTINNEN-AUSTAUSCHS (Ärzte und Ärztinnen, Psychologen und Psychologinnen, Wissenschaftlern und Wissenschaft-



lerinnen, Elterninitiativen).

Zur Verwirklichung dieser Vorhaben braucht die Projektgruppe "LEBEN NACH TSCHERNOBYL" Spenden und Partnerinnen und Partner.

Wir vom VAU wollen uns nach Kräften daran beteiligen. Denn wir sind wie die Projektgruppe der Überzeugung, daß die Katastrophe von Tschernobyl eine europäische, eine Katastrophe der Industrienationen ist, die sich einer nicht beherrschbaren Technik bedienen.

Im Juni werden wir an einem deutsch-sowjetischen Informationsaustausch in Berlin teilnehmen, um dann mit gezielten Vorschlägen an die Öffentlichkeit im Raum Hameln-Pyrmont heranzutreten.

Wer das Projekt schon jetzt unterstützen will, kann bei uns mitarbeiten. Vielleicht gelingt es uns, eine Arbeitsgruppe dazu auf die Beine zu stellen.

Eine andere wirkungsvolle Form der Unterstützung sind Geldspenden

(Kto.-Nr. 411 44 00 Bv.Kreditgenossenschaft Ffm. BLZ 500 605 00, Stichwort "Tschernobyl")!

Tatsache ist schon heute:

- Neben der Ukraine ist vor allem Weißrußland in einem besonders großen Ausmaß betroffen.
- 18 % der landwirtschaftlich genutzten Ackerfläche Weißrußlands sind radioaktiv verseucht. Landwirtschaft kann dort nicht mehr betrieben werden. Trotzdem leben aber noch Menschen in diesen Gebieten!
- Genetische Veränderungen an zahlreichen Pflanzen und Kleintieren sind sichtbar geworden. Dabei sind die Auswirkungen niedriger, aber anhaltender radioaktiver Strahlungen auf die Pflan-

zen offensichtlich viel einschneidender als eine kurze, hohe Strahlenbelastung.

- Die Zahl der Fehlgeburten und mißgebildeten Kinder ist deutlich angestiegen.

- Einige Krankheiten haben verstärkt zugenommen. Insbesondere bei Kindern sind Herz- und Gefäßerkrankungen, Schilddrüsenvergrößerungen, Anämie und eine allgemeine Schwächung des Immunsystems in beängstigendem Ausmaß festzustellen. Das Anwachsen der Erkrankungen an Leukämie ist äußerst wahrscheinlich.

- "Tschernophobie" ist in der Bevölkerung zu einer beherrschenden Stimmung geworden. "Die körperlichen Probleme

sind unbestritten, doch die psychologischen Probleme sind weit größer als bisher angenommen" (Renny Mancholas, britischer Radiologe, nach einer Informationsreise).

Krankenhäuser, wissenschaftliche Einrichtungen und staatliche Behörden sind auf die Katastrophe in keiner Weise vorbereitet gewesen. Bis heute sind sie durch ihr Ausmaß überfordert. Dringend erforderliche Maßnahmen sind aber nicht möglich, weil die entsprechenden Mittel fehlen.

(aus dem Spendenaufruf der Projektgruppe "Leben nach Tschernobyl")

Heimlich, still und leise:

Genehmigung im Eiltempo

Wir vom VAU haben uns, sicherlich genauso wie manch aufmerksamer Leser und manch aufmerksame Leserin der DeWeZet, die Augen gerieben, als wir Anfang März unter der Rubrik "Äußerliche Bekanntmachungen" etwas von einem neuen Genehmigungsbescheid für das Atomkraftwerk Grohnde lasen. Das konnte doch nicht das erste Mal sein, daß davon etwas in die Öffentlichkeit gedrungen war. Hatten wir geschlafen und das öffentliche Anhörungsverfahren schlichtweg verpennt?

Nein. Es ist vielmehr so, daß man behördlicherseits ein solches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nicht für erforderlich gehalten hat. Dazu wäre bei dem atemberaubenden Tempo, mit dem dieses Genehmigungsverfahren durchgezogen worden ist, auch gar keine Zeit gewesen. Man stelle sich vor: die letzten Unterlagen, die bei der niedersächsischen Landesregierung eingereicht wurden, datieren vom 12.12.1989! Und gerade 2 Monate später ist die Genehmigung bereits erteilt. Da beklage sich noch mal jemand über die schleppende

Bearbeitung von Anträgen in unseren Behörden. Aber vielleicht kommt es ja darauf an, um was es geht...

Und um was geht es nun? Um dreierlei:

1. lassen sich die Grohnde-Betreiber genehmigen, daß sie die thermische Reaktorleistung von derzeit 3765 MW auf 3850 MW erhöhen dürfen. Wir sind uns in der Einschätzung dieser Maßnahme noch nicht so recht schlüssig geworden. In jedem Fall bedeutet das höhere Tempera-

Ports. auf S.5

Genehmigung...

(Forts. von S.4)

turen im Reaktorkern und, damit verbunden, höhere Drücke im Reaktordruckbehälter. Das Risiko eines Versagens dieses Druckbehälters steigt also weiter, wenn auch nur um einen geringen Betrag.

2. umfaßt die Genehmigung den Umgang mit radioaktiven Abfällen, die nicht unbedingt aus dem AKW Grohnde stammen müssen, nach Art und Umfang jedoch auch aus Grohnde kommen könnten. Hintergrund dieser Aufweichung der bisherigen Genehmigung ist wohl folgender:

Die AKW schicken ihre schwach- und mittelbelasteten radioaktiven Abfälle zur Konditionierung (in der Regel Verbrennung und Verdichtung) in zentrale Einrichtung wie z.B. die Anlage im belgischen Mol und erhalten diese anschließend von dort zurück. Da es nun mit erheblichem Aufwand verbunden wäre, den jeweiligen Kraftwerken genau nur ihren eigenen Müll zurückzusenden, läßt sich die PreussenElektra nunmehr von diesen Problem offiziell erlösen.

3. darf in Grohnde nach der neuen Genehmigung mit radioaktiv verseuchten Anlagenteilen und Komponenten umgegangen werden, die nicht vom AKW Grohnde stammen. Was soll das? Die Betreiber argumentieren so (und die Aufsichts- und Genehmigungsbehörde macht sich diese Argumentation zueigen):

"Es ist nicht zweckmäßig, in jedem Kernkraftwerk alle möglichen Spezialeinrichtungen vorzuhalten, weil diese Einrichtungen nur selten verwendet werden und die Anschaffungskosten sehr hoch sind. Es ist vielmehr anzustreben, daß auch von anderen Kraftwerken bei Bedarf auf die Einrichtungen zurückgegriffen werden kann"

Mit anderen Worten: Die Bevölkerung des Landkreises Hameln-Pyrmont hat sich ab sofort damit abzufinden, daß des öfteren Transporte von verstrahlten Pumpen o.ä. über ihre Straßen und Schienenrollen werden, um in Grohnde oder anderswo repariert zu werden. Und erhält nicht einmal Gelegenheit, sich dazu im Rahmen eines ordentlichen Anhörungsverfahrens zu äußern. Aber mit uns kann man es ja machen.

Der VAU hat lange und gründlich darüber nachgedacht, ob es sinnvoll ist, gegen diesen Genehmigungsbescheid Klage zu erheben. Unsere Anwälte sind allerdings zu dem Schluß gekommen, daß alles, was bei einem Gerichtsverfahren herauskommen würde, eine hohe Rechnung über Gerichts- und Anwaltskosten wäre, sodaß wir davon abgesehen haben, den Rechtsweg zu beschreiten.

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß wir diese nachträgliche Aufweichung der Betriebgenehmigung für bedenkenlos halten. Insbesondere die zunehmende Gefährdung der hiesigen Bevölkerung durch Atomtransporte betrachtet der VAU mit großer Sorge. Wir wollen dieses Risiko zu einem unserer nächsten Arbeitsschwerpunkte machen. Eine ausführliche Darstellung dieses Problems folgt im nächsten VAU-Info. ●

EINLADUNG

**Hiermit laden wir unsere Mitglieder ein
zur**

Jahreshauptversammlung

am Dienstag, den 29. Mai 1990

um 20.00 Uhr

im Kommunikationszentrum "Sumpflblume"

Tagesordnung:

- 1. Tätigkeitsbericht 1989**
- 2. Kassenbericht 1989**
- 3. Kassenprüfbericht 1989**
- 4. Entlastung des Vorstandes**
- 5. Neuwahl des Vorstandes
und der KassenprüferInnen**
- 6. Verschiedenes**

Wir hoffen auf rege Beteiligung!

Hameln, den 28. April 1990

Mit freundlichen Grüßen

**Ulrich Bomnüter
(1. Vorsitzender)**



Foto: Stefan Bonnüter

Wenn am sog. Quedlinburg-Tag am 11. März auch nur wenige Westmenschen zu sehen waren - der VAU war mit einem Infostand des Anderen Hameln dabei! -, so konnten die armen Verwandten sich doch auf vielfältige Weise von den Segnungen der freien Marktwirtschaft überzeugen: "Ex und hopp" hieß die Devise des Deutschen Roten Kreuzes und einer anderen, uns unbekannten Hilfstruppe bei der Speisung der Zehntausend. Und schon bald türmten sich im Hochzeitshaus und auf dem Pferdemarkt Berge von Styropor-Teller und Plastikbestecken! "Ex und hopp" - wozu haben wir denn eine Müllverbrennungsanlage! Wen interessieren schon die FCKW, die bei der Produktion von Styropor eingesetzt werden, oder die Dioxine, die bei der Verbrennung von Plastikmüll entstehen?! Man stelle sich vor: In der armseligen DDR gibt's überhaupt kein Plastikgeschirr! Da hat doch die Feuerwehr - so erfuhren VAU-Mitglieder, die mit Plakaten und Diskussionen gegen den Wohlstandsreck protestierten - beim letzten Stadtfest wahrhaftig das Essen auf Porzellantellern ausgeteilt und zwischendurch immer wieder Geschirr gespült... Na, die Zeiten sind bei uns - der chemischen Industrie sei Dank - vorbei. Ein Dank auch der Stadt Hameln, die auch dieses Problem so trefflich gelöst hat!

Neues Bundesimmissionsschutzgesetz fördert MVAs in Niedersachsen.

Am 14.3.90 wurde die dritte Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BlmSchG) vom deutschen Bundestag verabschiedet. Am 6.4.90 hat der Bundesrat, begleitet von Protesten der GRÜNEN, Bürgerinitiativen und Verbrauchergruppen aus dem ganzen Bundesgebiet, der Neufassung zugestimmt. Im Zuge dieser Novellierung wurde ein Antrag der Fraktion der CDU/CSU und FDP zur Änderung des Abfallgesetzes angenommen. Mit dieser Änderung, die handstreichartig durch die Regierungskoalition eingebracht wurde, wird die Zielrichtung des Abfallgesetzes auf den Kopf gestellt. Denn nach der Neuregelung ist die Verwertung oder Behandlung von Abfällen auch in Anlagen zulässig, die überwiegend einem anderen Zweck als der Abfallentsorgung dienen und die einer Genehmigung nach § 4 des Bundesimmissionsschutzgesetzes bedürfen. Die Genehmigungsverfahren können allerdings ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt werden, anders als bei der Baugenehmigung einer MVA.

MÜLLSEITE

Auch das noch:
"Unsere" Müllverbrennungsanlage

Einen erneuten Anstoß für die Auseinandersetzung mit der MVA, die schon seit langem ein Thema auch für uns im VAU ist, gab eine von der GRÜNEN Landtagsfraktion initiierte öffentliche Auseinandersetzung über die Dioxin-Belastung der Umgebung der Anlage, aber auch ein höchst besorgniserregendes Gutachten von Dr. Eckhard Krüger (Umweltinstitut München) über die Dioxinbelastung durch das Müllkraftwerk Unterföhring. Daher luden wir im Februar den Hameln-Pyromonter Kreistagsabgeordneten der GRÜNEN, Rechtsanwalt Helmut Vogt zu einem Informationsgespräch ein, das den Namen tatsächlich verdiente. Fast wurden wir von einem gewissen Optimismus darüber gepackt, daß die Schlacht um das Abenteuer 3. Kessel und die Zukunft der Altanlage für uns noch nicht verloren ist, da peitschten die CDU/CSU-FDP-Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat ein "Müllermächtigungs-gesetz" durch. Noch ein gewaltiger Grund mehr, in Sachen Müll aktiv zu werden! Nur: Wir vom VAU schaffen es derzeit nicht. Wie gut, daß es OSKAR gibt!

MVA Hameln: hohe Dioxin-Emissionen

Als "Dokument der Verharmlosung und des Vertuschens" haben die Grünen im niedersächsischen Landtag die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage zur Dioxinbelastung durch die Müllverbrennungsanlage (MVA) Hameln bezeichnet. Immerhin werde in der Antwort eingeräumt, daß die Hamelner MVA viermal mehr von dem "Seveso-Dioxin" 2,3,7,8-TCDD emittiert, als bisher von der Landesregierung eingeräumt worden war. Dies allein bestätigt für DIE GRÜNEN die scharfe Ablehnung von Müllverbrennungsanlagen aller Art.

Insgesamt gesteht die Landesregierung in der Antwort ein, auf keinerlei spezifische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Dioxin-Belastung von Nahrungsmitteln zurückgreifen zu können. Bislang hat das Gesundheitsamt Hameln keinerlei Dioxinbestimmungen in menschlichem Gewebe veranlaßt. Nicht einmal die Beschäftigten der MVA sind jemals auf Dioxin untersucht worden.

Auch sind keine gezielten Muttermilchuntersuchungen in der Umgebung der Anlage vorgenommen worden. Das zeigt das Ausmaß der Verharmlosung dieser Supergifte. Insbesondere in der Umgebung der einzigen niedersächsischen Hausmüllverbrennungsanlage in Hameln sind weder Muttermilch, Tiere, Milchprodukte oder Futter getestet worden.

